

Allgemeiner rechtlicher Rahmen

Diese Anlage listet alle anderen Rechtsinstrumente auf, die in Belgien für die Vollstreckung von nicht freiheitsentziehenden Strafen oder Maßnahmen gelten.

Europarat

Europäisches Übereinkommen über die Überwachung bedingt verurteilter oder bedingt entlassener Personen vom 30. November 1964.

(Gesetz vom 23. Mai 1990 über die zwischenstaatliche Überstellung von verurteilten Personen, die Übernahme und Übertragung der Aufsicht von bedingt verurteilten oder bedingt freigelassenen Personen und die Übernahme und Übertragung der Vollstreckung von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehende Maßnahmen)

Übereinkommen vom 30. November 1964 für die Aufsicht von bedingt verurteilten oder bedingt freigelassenen Personen

Mitgliedsstaaten des Europarates

Belgien¹*

Bosnien-Herzegowina

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Estland*

Frankreich*

Italien*

Kroatien*

Luxemburg*

Montenegro

Niederlande*

Österreich*

Portugal*

Schweden*

Serbien

Slowakei*

Slowenien*

Tschechische Republik*

Ukraine

Rundschreiben

- Ministerielles Rundschreiben vom 12. September 2005 über die internationale Zusammenarbeit in Strafsachen (für den Teil, der die Aufsicht einer bedingt verurteilten oder bedingt entlassenen Person angeht).

¹ * Das Gesetz vom 23. Mai 1990, das das Übereinkommen vom 30. November 1964 für die Aufsicht von bedingt verurteilten oder bedingt freigelassenen Personen umsetzt, bleibt hinsichtlich der Staaten, die nicht Mitglied der EU sind sowie hinsichtlich der Staaten, die den Rahmenbeschluss 2008/947/JI noch nicht umgesetzt haben, weiterhin anwendbar. Das Gesetz vom 21. Mai 2013 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union verhängte Urteile und Bewährungsentscheidungen im Hinblick auf die Überwachung von Bewährungsmaßnahmen und alternative Sanktionen gilt grundsätzlich für alle innerhalb der europäischen Union ausgesprochenen Urteile und Bewährungsentscheidungen. Allerdings gilt es nur hinsichtlich der Mitgliedsstaaten der europäischen Union, die auch das EU-Rahmenabkommen in ihr innerstaatliches Recht umgesetzt haben (siehe Anlage II).